



<https://biz.li/3595>

WINTERRUHE GEHT IN DIE DRITTE RUNDE

Veröffentlicht am 25.01.2022 um 00:09 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Winterruhe in Niedersachsen geht in die dritte Runde. Seit Mitte Dezember gilt im gesamten Land die Warnstufe drei. "Das wird auch in den nächsten Wochen weiter notwendig bleiben", teilt die Niedersächsische Landesregierung am Montag, 24. Januar 2022, mit. Die Zahl der mit Omikron infizierten Menschen steigt auch in Niedersachsen nach wie vor. Am Montag sind es fast 690 pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in sieben Tagen, ein baldiges landesweites Überschreiten der 1.000er-Grenze ist zu befürchten. "Auch das Omikron-Virus kann zu Krankenhauseinweisungen und in Einzelfällen zum Tod führen. Und selbst sogenannte 'moderate' Verläufe sind oft mit hohem Fieber und tagelangen schweren Kopfschmerzen verbunden", so das Land Niedersachsen. Die Zahl der wegen einer COVID-Infektion auf den Normalstationen der niedersächsischen Krankenhäuser aufgenommenen Patientinnen und Patienten wächst stetig an, teilt die Landesregierung mit. "Wenn die Fallzahlen, wie von Expertinnen und Experten vorhergesagt, in den nächsten Wochen um das vier- bis sechsfache steigen, dann werden auch hier deutlich mehr Menschen im Krankenhaus sein. Das wäre dann die Folge der schieren Zahl von Neuinfektionen - auch wenn Omikron zu weniger schweren Erkrankungen führt. Gleichzeitig führen im Krankenhaus- und Pflegebereich Personalausfälle aufgrund von Corona-Infektionen bereits jetzt zu Engpässen", so die Landesregierung. "Auf der heutigen Ministerpräsidentenkonferenz bestand deshalb Einigkeit dahingehend, dass Verschärfungen noch nicht notwendig sind, Lockerungen aber aktuell nicht verantwortet werden können", so die Landesregierung. Dazu Ministerpräsident Stephan Weil: "Wir befinden uns inmitten einer harten Infektionswelle, die noch längst nicht abgeklungen ist. Bis dahin aber müssen wir die aktuellen Schutzmaßnahmen noch eine Zeit lang aufrechterhalten und geduldig und vorsichtig bleiben. Wir dürfen die Omikron-Variante nicht unterschätzen. Wir müssen uns alle weiterhin umsichtig und verantwortungsvoll verhalten, um uns und andere zu schützen und um damit auch das Klinikpersonal zu entlasten sowie Schulen und Kitas offen zu halten. Wir haben es seit nunmehr zwei Jahren mit vielen Anstrengungen und Einschränkungen gemeinsam geschafft, das Virus in Niedersachsen vergleichsweise im Griff zu behalten - diesen hart erarbeiteten Erfolg dürfen wir jetzt nicht aufs Spiel setzen." Das Land Niedersachsen werde daher auch weiterhin intensiv für eine flächendeckende Impfung der Bürgerinnen und Bürger werben und kontinuierlich niedrigschwellige Impfangebote unterbreiten. "Die aktuelle Corona-Welle", so Weil, "wird nur dann die letzte sein, wenn wir nicht nur beim Boostern, sondern auch bei den Erst- und Zweitimpfungen noch mal einen deutlichen Schritt nach vorne machen können. Nur wenn wir eine sehr hohe Impfquote vorweisen können, haben wir eine gute Chance, dass wir im nächsten Herbst und Winter nicht erneut das gesellschaftliche Leben herunterfahren müssen." Die hohe Zahl der Neuinfektionen bundesweit und die nur begrenzt verfügbaren PCR-Tests würden eine Priorisierung erforderlich machen. Der Verdacht einer Covid-19-Infektion solle zukünftig vordringlich in zwei Konstellationen durch einen PCR-Test abgeklärt werden: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Krankenhäusern, in Arztpraxen, in der Pflege etc. sollen PCR-getestet werden, damit die Patienten bzw. Bewohner gegen Corona-Infektionen geschützt werden. Außerdem sollen Risikopatientinnen und -patienten PCR-getestet werden, um eine frühzeitige Behandlung, ggfs. eine antivirale Therapie zu ermöglichen. Eine Veränderung soll es bei dem späteren Freitesten von an Omikron erkrankten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe geben: auch für sie gilt zukünftig, dass nach sieben Tagen die Isolation bei 48 Stunden Symptomfreiheit durch einen zertifizierten Antigen-Schnelltest beendet



Ministerpräsident Stephan Weil / Ministerkanzlei/Holger Hollemann

werden kann.